



**GuntherKrichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

# Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten  
für Pforzheim und den Enzkreis

## Koalition wird Atom-Ausstieg verantwortungsvoll gestalten

Umstieg auf erneuerbare Energien ohne Leitungsausbau nicht möglich

**Die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland bewegt derzeit wie kein anderes Thema die Menschen. Die schrecklichen Ereignisse in Japan haben gezeigt, dass das viel beschriebene Restrisiko der Kernkraft neu bewertet werden muss.**

Doch trotz des verständlichen Wunsches, so schnell als möglich aus der Kernkraft aussteigen zu wollen, ist ein sofortiges Ende in einer hoch-industrialisierten Volkswirtschaft nicht möglich. Daher muss der Übergang verantwortungsvoll gestaltet werden. In der nun begonnenen Phase des Nachdenkens muss sich die gesamte Gesellschaft mit der Frage beschäftigen, welches Restrisiko für die Übergangszeit und welche Ausstiegskosten wir zu tragen bereit sind. Dafür ist die von Bundeskanzlerin Angela Merkel eingesetzte Ethikkommission zur Zukunft der Energieversorgung unter dem Vorsitz des früheren Umweltministers Klaus Töpfer der richtige Ort. An diesem Montag tagte sie erstmalig.

Die aktuelle Situation zeigt, dass der Ausstieg nicht so einfach und preiswert möglich sein wird, wie dies manche „Experten“ behaupten. Zwar reichen unsere Kraftwerkskapazitäten auf dem Papier aus, um Privathaushalte und Wirtschaft mit Strom zu versorgen. Fallen Windräder und Sonnenkollektoren aber aus, weil Flaute herrscht oder es Nacht wird, können Engpässe auftreten. Zudem wird Windenergie weitab von den industriellen Zentren erzeugt und es fehlen leistungsfähige Leitungen. So erklärt sich, dass das bisherige Stromexportland Deutschland in den drei Wochen seit Verkündung des Moratoriums verstärkt Strom importieren musste, und zwar vornehmlich aus Frankreich und Tschechien, wo der Großteil des Stroms in Atomkraftwerken produziert wird.

Daraus ergeben sich zwei Schlussfolgerungen: Genauso wichtig wie der Ausbau von Wind- und Solaranlagen, ist der Bau neuer leistungsfähiger Stromtrassen und Umspannwerke. Dies erfordert sehr hohe Investitionen und wird ohne Eingriffe in lieb gewonnene Landschaftsbilder nicht möglich sein. Die komplette Verlegung dieser neuen Leitungen unter der Erde ist unbezahlbar! Zum anderen werden wir für eine längere Übergangszeit auf Stromimporte angewiesen sein. Dies wird neben Atomstrom häufig in alten Kohlekraftwerken produzierter Strom sein. Daher ist es jetzt dringend notwendig, die Sicherheit der Kernkraftwerke in Europa zu vereinheitlichen und zugleich die Schadstoffimmissionen der Kohlekraftwerke zu reduzieren.

Die kommenden Wochen werden zeigen, dass die Union es mit dem Moratorium ernst meint. Die christlich-liberale Bundesregierung kann und will den Übergang verantwortungsvoll gestalten. Dazu wird sie ihr Energiekonzept auf Möglichkeiten zum beschleunigten Umstieg untersuchen und die Sicherheitsanforderungen an Kernkraftwerke anpassen. Die Zeit des Moratoriums muss bestmöglich zur Recherche, zur Analyse sowie zur breiten gesellschaftlichen Diskussion und zur politischen Entscheidungsfindung genutzt werden. Bereits Ende letzter Woche hat deshalb die Reaktorsicherheitskommission, ein Gremium von Experten aus dem Bereich Kerntechnik, die den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Fragen der Sicherheit von Kernkraftwerken berät, die Anforderungen für die Sicherheitsüberprüfung der deutschen Kernkraftwerke aufgestellt. Die Überprüfung ist die Grundlage für die politische und gesellschaftliche Bewertung der Risiken. Schon jetzt ist klar, dass nicht mehr alle alten Kraftwerke wieder ans Netz gehen werden.

### **Deutsche Wirtschaft auf der Überholspur**

Es geht weiter aufwärts mit der deutschen Wirtschaft. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für das laufende Jahr mit einem Zuwachs der Wirtschaftsleistung um 2,8%. 2012 wird eine Steigerung um weitere 2 % prognostiziert. Vieles deutet darauf hin, dass der Aufschwung in den kommenden Monaten kräftig bleiben wird. Wichtige Umfrageindikatoren liegen nahe bei ihren historischen Höchstständen; auch die internationale Konjunktur ist weiter aufwärts gerichtet. Die Zinsen dürften trotz einer leichten Leitzinserhöhung der Europäischen Zentralbank niedrig bleiben.

### **Arbeitslosigkeit wird weiter sinken**

Die Wirtschaftsforscher rechnen auch mit rapide sinkenden Arbeitslosenzahlen. Für die Jahre 2011 und 2012 wird eine Quote von 6,9 % bzw. 6,5 % erwartet. In diesem Jahr werden damit durchschnittlich nur rund 2,88 Mio. Erwerbstätige arbeitslos sein. Das sind gut 360.000 weniger als im Vorjahr. 2012 wird die Arbeitslosenzahl durchschnittlich sogar auf gut 2,7 Mio. sinken. Durch die so verbesserte Einkommenssituation der privaten Haushalte wird die Binnennachfrage weiter gestützt. Der Aufschwung ruht damit nicht nur auf dem traditionell starken Export allein. Gefahren für den Aufschwung kommen allenfalls aus dem internationalen Umfeld, z.B. durch eine mögliche Eskalation der Situation im arabischen Raum. Aber auch die Lage der öffentlichen Haushalte vieler Länder des Euro-Raums kann zur Gefahr für den Aufschwung werden. Nur Staaten mit ausgeglichenen Haushalten bieten keine Angriffsfläche für Finanzspekulationen. Der Aufschwung wird daher langfristig nur Erfolg haben, wenn er mit konsequenten Konsolidierungsschritten in den nationalen Haushalten einhergeht. Deutschland geht auch hier mit gutem Beispiel voran: Schon 2011 wird die 3%-Defizitgrenze wieder unterschritten.

### **Verbraucherschutz bei Kapitalanlagen wird weiter gestärkt**

Nachdem bereits zu Beginn des Jahres neue Vorschriften zur Verbesserung der Beratung bei Banken beschlossen wurden, hat die Bundesregierung in dieser Woche auch einen verbesser-

ten Verbraucherschutz beim sog. „grauen Kapitalmarkt“ beschlossen. Für den Verkauf von Graumarktprodukten, etwa geschlossene Fonds, gelten künftig verschärfte Informations-, Beratungs- und Dokumentationspflichten. Mit den novellierten Regelungen im Vermögensanlagegesetz werden die freien Berater de facto den Bankberatern gleichgestellt. Auch die etwa 80 000 freien Vermittler dieser Produkte müssen zukünftig ihre Qualifikation und eine Berufshaftpflichtversicherung nachweisen. Mit diesem Gesetz setzt die Koalition ihr Versprechen für Verbraucherschutz und Transparenz im Kapitalmarkt um. Faire Finanzdienstleistungen sind nicht nur im Sinne des Verbrauchers. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass Vertrauen die wirtschaftliche Währung einer gesunden Volkswirtschaft ist.

### **Verbesserung beim Feuerwehrführerschein stärkt das Ehrenamt**

Seit 1999 sind Besitzer eines Pkw-Führerscheins nicht mehr berechtigt, Fahrzeuge in der Gesamtmasse zwischen 3,5 t und 7,5 t zu steuern. Für diese Gesamtmasse ist nunmehr eine Fahrerlaubnis der Klasse CI erforderlich. Da selbst die kleineren Einsatzfahrzeuge der freiwilligen Feuerwehren, Technischen Hilfsdienste und Rettungsdienste aus technischen Gründen in der Regel die Gewichtsgrenze von 3,5 t überschreiten, liefen diese wichtigen Hilfsdienste mehr und mehr Gefahr, nicht mehr genug ehrenamtlich tätige junge Fahrzeugführer zu finden. Denn junge ehrenamtlich Tätige verfügen vielfach zwar über einen ‚normalen‘ Pkw-Führerschein, nicht aber über eine deutlich aufwendiger und teurer zu erwerbende Fahrerlaubnis für schwerere Fahrzeuge. Bereits in der letzten Wahlperiode wurde daher das Straßenverkehrsgesetz geändert. Eine Evaluierung zeigte aber, dass diese Neuregelung zu bürokratisch und teuer war und zudem eine Anhängerlösung fehlte. Daher wurde nun Abhilfe geschaffen. Die zusätzlichen Erleichterungen für Ehrenamtliche sind kostengünstig und unbürokratisch zu handhaben. Wichtigste Neuregelung ist, dass die Einweisung der ehrenamtlichen Helfer jetzt innerhalb der jeweiligen Organisation durch geeignete Ausbilder durchgeführt werden kann.